15ter Jahrgang. 4tes Quartal.

Wochenblatt für das Fürstenthum Oels.

Dieses Blatt erscheint wöchentlich dreimal, Dienstags, Donnerstags und Sonnabends, früh, in einem Bogen. Der Preis beträgt für das Vierteljahr 15 Sgr.; einzeln aber kostet das Blatt 1 Sgr.; durch die Post bezogen, kostet es 18 Sgr. 9 Pf. vierteljährlich. Inserate werden den Tag vor der Ausgabe bis spätestens Mittag 12 Uhr



angenommen: in Oels in der Expedition dieses Blattes, in Poln. Wartenberg in der Stadtbuchdruckerei, in Kempen in der Buchhandlung von G. Fränkel, in Bernstadt in der Handlung von Lorenz. Die Insertionsgebühren betragen pro Zeile nur 1 Sgr., bei Wiederholungen bloß die Hälfte.

Ein Volksblatt

für Staats- und Gemeinwohl, zur Belehrung und Unterhaltung.

(Verantwortlicher Redakteur: **K. Bitterling**. Schnellpressen-Druck und Verlag von **A. Ludwig**.)

№ 92. Sonnabend, den 7. October **1848.**

Politische Rundschau

von W. Bilke.

In Frankfurt tagt's nicht mehr, dort nachtet's nur; und seine Schatten ziehen über ganz Deutschland. Ein solcher ist auch die Verfügung des Justizministers Mohl an alle Regierungen wegen Beschränkung der freien Presse. Die eisernen Männer, die Soldaten, sendet es auf allen Eisenstraßen von Nord nach Süd, und von West nach Ost, — und ihnen soll das goldene Zeitalter folgen? Wohl! aber durch sie kommt's gewiß nicht. Die Frankfurter Versammlung hat dem alten Bundestag das Todesurtheil gesprochen; nun, da sie selbst nichts mehr ist, als er, sollte sie ein Gleiches an sich thun. Vorwärts kann sie doch nicht mehr, trotz Jagen auf eisernen Straßen. — Der deutsche Kommissar Stedmann, welcher in die Schleswig-Holsteiner Wirren Verstand bringen soll, irrt von Berlin nach Schleswig-Holstein, und von da wieder zurück. Es geht ihm wie dem Max von Gagern; er wird wohl auch nicht mehr ausrichten. Er ist mit der Bildung einer Regierung beschäftigt, damit sich die „provisorische" auflöse. — Was man von der Deutschheit General v. Bonin's gefabelt hat, daß er nämlich den preußischen Soldatenrock ausziehen werde, ist so wenig wahr, als wie vom Wrangel und Peucker. Ein verknöcherter preußischer Offizier kann einmal den Geist deutscher Freiheit nicht anziehen; es geht ihm hiermit, wie dem deutschen Michel in den Postillon-Stiefeln.

In Berlin sieht's nicht besser aus. Die Linke will und die Rechte mag nicht — nämlich dem Feudal-Lasten-Druck der Landleute ein Ende machen. Der Abgeordnete Elsner, so wie seine braven Mitgenossen gleicher Gesinnung, haben muthig für dessen Wegräumung gesprochen, da hat die Rechte, wie immer, recht tüchtig geschrien und gepoltert, und da ist er denn wieder mit seinem Amendement der „Unentgeldlichkeit" durchgefallen. Das Poltern der Rechten ist ein Wahrzeichen wie die Wolkenumhüllung des Zobten: jedesmal folgt für die Freiheit schlechtes Wetter drauf. Am besten gefällt sich diese Fraction, wenn sie in dem vertracten Bürgerwehrgesetz herummudeln kann, von welchem die Linke urtheilt, daß es nach dem ersten Athemzuge schon eine Leiche war — ein unglückseliger Foetus!

Der Abgeordnete Krause hat das Ministerium interpellirt:

1) in welcher Art es gesonnen sei, eine Steuer- und Abgaben-Reform eintreten zu lassen, und 2) ob es beabsichtige, die Mahl-, Schlacht- und Klassensteuer aufzuheben und die Einkommen- oder Vermögenssteuer vom 1. Januar 1849. in diese Stelle einzuführen. In der nächsten Woche will der Finanzminister darauf antworten.

Merkwürdig ist der Ausspruch Elsner's bei seinem Amendement wegen Sistirung der Einziehung der Feudallasten bis zur endlichen Entscheidung über dieselben, wo er sagt: Es sind Rittergutsbesitzer, die beim Knallen der Champagnerflaschen auf die Rückkehr der guten alten Zeit trinken und inzwischen das arme Volk mit Executionen zur Verzweiflung treiben. Sein Amendement, welches er durch eine Petition von 15,000 Rustikalbesitzern Schlesiens unterstützte, fiel mit 107 Stimmen gegen 191; 103 hatten gefehlt. Wo sind diese gewesen? Sie sind gegangen, um beim Verrath des Rustikalstandes, ihr Gesicht und mit diesem ihre Feigheit zu verbergen! Sehr schön Das! Sie spielen mit dem Ernst der Zeit „Blindekuh."

Bei der freiwilligen Anleihe sind, amtlich nachgewiesen, 10,027,700 Rthlr. eingekommen; davon im Breslauer Regierungsbezirk 656,900, im Liegnitzer 287,900 und im Oppelnschen (von den reichen Majoratsherrn?) 79,300; zusammen: 1,024,100 Rthlr. Berlin allein hat 2,825,300 gezeichnet; außerdem noch am meisten die Provinz Sachsen.

In Erfurt ist bereits auf kräftiges Wirken des Abgeordneten Krakkrügge die Mahl- und Schlachtsteuer abgeschafft und die Vermögensteuer eingeführt worden.

Die Potsdamer haben auf Entfernung des Garde du Corps angetragen, weil es die Volksversammlungen stört; und **der Bürgerwehrkommandant soll im hohen Ernste bei der Kommandantur haben anfragen lassen, ob sie im Stande sei, die gesetzliche Ordnung bei der Soldatesta aufrecht zu erhalten, und da dieselbe auf diese Frage keine genügende Antwort hat ertheilen können, so hat der Kommandat der Bürgerwehr von seiner Seite die Stadt in Belagerungszustand zu erklären gedroht.** Der Mann hat Courage!

Der General Steinäcker maßregelt schon wieder die Polen von wegen der Liga. Dacht' mir's bald!

In Köln ist der Belagerungszustand, unter welchem sich seine Bürger so wohl gefühlt haben, wie der Premier-Minister sagt, wieder aufgehoben worden und die gedrückten Zeitungen kommen wieder zum Vorschein.

Die königlichen Sachsen occupiren die herzoglichen Sachsen und die Reußer auf Anordnung der Centralgewalt. Man übt hier derweil das Flügelabschneiden am deutschen Volke, damit's nicht flügge wird! — Wislicenus verläßt Europa, und die Birkenfelder Abgeordneten den Oldenburger Landtag, weil die Luft darin so schwül ist. — Die preußischen

Frankfurter wollen mehr Diäten haben, und das Ministerium hat gesagt: **quod non!** — Der republicanische Aufstand ist in Süd-Deutschland gestorben und Struve lebt in Ketten.

Die Nassauer Soldaten wollen in Deutschland nicht executiren. Der Fürst von Hohenzollern-Hechingen hat sein Land verlassen, weil's ihm darin zu unruhig ist. Peucker und Schmerling werden das Ding schon ändern.

Die Ungarn haben den Verräther Jellacic, dem das östreichische Ministerium Geld dazu gegeben hat, geschlagen. Gott helfe ihnen weiter.

Die Russen, welche sich einmal mit dem Kalender des neuen Stiels nicht befassen können, haben Schritte gethan, um in der Moldau auch die alte Ordnung wiederherzustellen. Der türkische Kaiser läßt sich das gefallen. Hier ist's so wie in einer Wirthschaft, wo der Schaffner mehr Recht hat, als der Herr!

Rundschreiben Nro. 1 des Schlesischen Haupt-Rustikal-Vereins.

Freunde und Brüder!

Wir schicken Euch hierbei **1)** die Statuten in ihrer neuen Form, **2)** das Protokoll der am **22.** und **23.** dieses Monats abgehaltenen Sitzungen, **3)** die beiden Petitionen an die National-Versammlung in Betreff der sofortigen Aufhebung der Abgaben und Lasten bis zum Erlaß eines diese Punkte berücksichtigten Gesetzes und in Betreff des Amnestiegesuches.

Mehr können wir vor der Hand nicht schicken, da uns einerseits die Zeit zu kurz wurde, und wir andrerseits mit tausend Hindernissen zu kämpfen hatten. —

Demnächst fordern wir Euch auf, der Bildung Eurer Kreisvereine recht viel Sorgfalt angedeihen zu lassen. Es ist von der höchsten Wichtigkeit, daß jede einzelne Gemeinde und in dieser wieder jedes einzelne Gemeindeglied all' unsre Addressen und Petitionen unterschreibt, damit wir uns stets bei unsern Wünschen und Forderungen auf den Wunsch und Willen des ganzen Rustikalstandes und des gesammten Landvolkes berufen können. Ueberhaupt seid einig untereinander und friedlich; denn Einigkeit macht stark.

Vermeidet alle Cravalle oder Excesse, damit man uns nicht nachsagen könne, wir haben den Ernst und die Würde, welche einem großen freien Volke ziemen, auf irgend eine Art verletzt oder befleckt. Käme einst die Stunde des Kampfes, käme der Moment, wo wir der Gewalt und Willkür wieder Gewalt entgegensetzen müßten, nun dann ist es Zeit, unsre physische das heißt Körperkraft zu Hilfe zu nehmen. Vor der Hand aber müssen wir unsern Deputirten in Berlin und Frankfurt unsre Sache überlassen, damit sie uns durch die Macht des Geistes, der Vernunft und der Wahrheit zum Siege führen!

Wählet bald Vertrauensmänner unter Euch, in jeder Gemeinde Einen, daß heißt solche, denen Ihr alle Achtung schenkt und Vertrauen zollt, damit sie Euch durch Rath und That in wichtigen Angelegenheiten unterstützen und immer Ruhe und Ordnung aufrecht halten. Hütet Euch aber, etwa immer den Scholzen zu wählen; denn Ihr habt Euch wohl zur Genüge überzeugt, daß diese Leute es oft wie die Minister machen. Vorher sprechen sie frei und als ginge ihnen das Gemeinwohl über Alles. Hat man sie aber zu Scholzen gewählt, dann halten sie es mit der Herrschaft und geben Euch nicht einmal diejenigen Papiere, welche Euch aufklären und unterrichten könnten.

Da es aber natürlich auch rühmliche Ausnahmen giebt, da sogar mehrere derselben Mitglieder unseres Vereines sind, so können, wie sich von selbst versteht, auch Fälle vorkommen, daß Ihr einen Scholzen wählt. —

Da nach einer uns von einem Berliner Deputirten zugegangenen Nachricht das neue Jagdgesetz in der Kammer dieser Tage zur Berathung kommen wird, uns also keine Zeit bleibt Eure Unterschriften zu sammeln, so wird der Präsident (Vorsitzende) Schlinke eine solche Petition im Namen des ganzen Rustikalvereins nach Berlin ergehen lassen. —

Ferner fordern wir Euch auf über folgende Anträge, welche bei der letzten Sitzung dem Ausschusse unter andern eingereicht worden, Berathung zu pflegen und uns dann die Resultate dieser Berathung schriftlich einzusenden.

1ster Antrag, die Landbewohner auf die Stellung des Soldaten zum Volke aufmerksam zu machen. (Es wird vortheilhaft sein, wenn Ihr hierbei den Steinschen Antrag zur Sprache bringt. Derselbe lautete: „Alle Offiziere, welche sich reaktionärer Bestrebungen nicht enthalten könnten, das heißt, welche gern die alten Zeitzustände, in welchen sie sich grade so wohl fühlten, wieder herbeiführen möchten, die sollten aus der Armee ausscheiden." Das jetzige Ministerium hat nach langem Zögern erklärt, es wolle diesen Antrag ausführen.)

2ter Antrag, es sollen Rustikal-Kreditanstalten errichtet werden.

3ter Antrag, auf gemessene Vertheilung der Handarbeiten bei den Kreiswegebauten zwischen den größern und kleinern Grundbesitzern.

4ter Antrag, auf Aufhebung der Licitationstermine des Stamm- und Klafterholzverkaufs in königlichen Forsten und Verkauf nach der Taxe in kleinen Partien.

Von den beiliegenden Drucksachen kommt auf jede Gemeinde ein Exemplar. Wir theilen Euch zugleich mit, daß wir die Statuten, das Protokoll, die Petitionen u. s. w. in **4500** deutschen und **1500** polnischen Exemplaren haben drucken lassen.

Was Euch polnische Brüder betrifft, so werdet Ihr die polnischen Exemplare erst nächste Woche erhalten, da der Druck und die Uebersetzung zu viel Schwierigkeiten machen. —

Auch bitten wir Euch alle, die sämmtlichen Unterschriften recht bald einzusenden.

Zum Schluß noch die Bemerkung, daß der Druck dieser vielen Sachen so wie auch manch andre unerläßliche Dinge vorherein so viel Kosten verursacht, daß wir mit Sehnsucht Euren sämmtlichen Beiträgen entgegen sehen. —

Schriftliche und mündliche Auskunft wird jeder Zeit in unserm Büreau gegeben.

L. Schlinke, Vorsitzender.
König, Sekretär.

Die Wohnung des Vorsitzenden so wie unser Büreau Bahnhof und Tauenzienstraßen-Ecke in der Locomotive 2 Treppen.

Behufs der Vereinigung die Mittheilung, daß zugleich an folgende Mitglieder im Kreise Versendungen stattgefunden haben: Freistellenbesitzer Hofeichter in Großgraben, Gerichtsscholz Ruppelt in Langewiese.

Protokoll der Sitzung des Haupt-Rustikal-Vereins

am 22. September 1848. Eröffnung Abends $8\frac{1}{2}$ Uhr.

Der bei der Versammlung der Rustikalbesitzer in Mörschelwitz erwählte Vorsitzende Bauergutsbesitzer Schlinke eröffnet die Sitzung mit einigen einleitenden Worten, die sich auf die Wichtigkeit des zu bildenden Vereines beziehen.

Hierauf findet die Anmeldung der Deputirten statt; es ergiebt sich, daß **35** Kreise durch ohngefähr **120** Mitglieder vertreten sind. Mehrere Kreise hatten außerdem ihren Beitritt erklärt, waren aber verhindert, für diesmal Deputirte zu schicken.

Eine besondere Geschäfts-Ordnung wird nicht festgesetzt, dagegen beschlossen, daß

1) die Verhandlungen öffentlich sind und
2) nur Mitglieder des Vereins sich an der Berathung betheiligen dürfen.

Es waren theils von der früheren Kommission, theils von Einzelnen so viele Anträge zur Berathung und zur Beschlußnahme vorgelegt worden, daß man beantragte, die Prüfung der Reihenfolge, in welcher dieselben zur Besprechung gelangen sollten, der bisherigen Kommission zu überweisen, dies wurde zum Beschluß erhoben.

Zum Schluß las der Vorsitzende mehrere Schreiben vor, unter Andern einen Brief mehrerer Rittergutsbesitzer, welche den lebhaften Wunsch äußern, eine Vereinigung mit dem Rustikal-Vereine herbeizuführen, und demselben die Bruderhand zu reichen. Ferner eine sehr ausführliche Mittheilung eines schlesischen Deputirten der National-Versammlung, aus welcher hervorgeht, daß man sich beharrlich weigert, an die Lösung der gutsherrlich-bäuerlichen Angeleigenheiten Hand anzulegen, und daß unter den jetzigen Verhältnissen nur wenig Aussicht vorhanden ist, unsere gerechten Forderungen zur Geltung zu bringen. Der Vorsitzende begründet hierauf die Nothwendigkeit eines einigen und kräftigen Wirkens des gesammten Rustikalstandes Schlesiens.

Schluß der Sitzung **11** Uhr.

Schlincke, Vorsitzender.
König, Sekretair.

Protokoll der Sitzung vom 23. September 1848.

Eröffnung 8 Uhr Morgens.

Zunächst beginnt man mit der Berathung über den von der Kommission vorgelegten Entwurf der

Statuten. Dieselben wurden in der Fassung des beiliegenden Exemplars genehmigt. Veranlassung zur näheren Besprechung gaben hauptsächlich nachstehende Paragraphen.

Der Name des Vereins und §§. 2 und 3. Um den Vorwurf abzulehnen, als habe der Verein lediglich die Interessen des bäuerlichen Grundbesitzes im Auge, worauf der Name „Rustikal-Verein" möglicherweise hinführen könnte, beschloß man bei Angabe des Zweckes des Vereines in § 3 denselben in der Art zu bestimmen, daß er die Interessen und Rechte des Rustikalstandes und des gesammten Landvolkes umfasse. Man beschloß sogar, einer jeden Gemeinde, welche sich dem Rustikal-Verbande angeschlossen, es zur Pflicht zu machen, sich im Fall der Noth gegenseitig durch Rath und That kräftig zu unterstützen.

§ 10. Der Beschluß, daß der Vorsitzende und der Sekretair ihren Wohnsitz bis auf Weiteres in Breslau nehmen müssen, wurde dadurch begründet, daß bei der voraussichtlich großen Ausdehnung der Geschäfte die Hauptstadt, als Ausgangspunkt der Eisenbahnen und Posten eine schnelle Verbindung mit den einzelnen Kreisen allein möglich macht, und daß auch die Hauptstadt allein in den Stand setzt, außergewöhnliche Nachrichten schnell zu erfahren und in der ganzen Provinz zu verbreiten.

§ 19. Bei der Festsetzung eines so geringen Beitrages von nur 6 Pf. pro Monat ging man von der Ueberzeugung aus, es werde kein Kreis, keine Gemeinde, kein selbstständiges Mitglied einer Gemeinde sich von einem Verbande ausschließen, welcher es allein möglich machen wird, unsere billigen Forderungen durchzusetzen. Höhere freiwillige Beiträge sollen dadurch keineswegs ausgeschlossen werden, und dieselben werden um so wünschenswerther, ja um so nöthiger sein, als den Kreisvereinen die Hälfte der Beiträge zur eigenen Verwendung überlassen bleibt. Es wird beabsichtigt, sämmtliche Anträge, Beschlüsse, Verhandlungen und alles für unsere Interesse Wissenswerthe jeder einzelnen Gemeinde gedruckt zu übersenden.

Nach Feststellung der Statuten legten der Vorsitzende und die Commissions-Mitglieder ihr Amt nieder. Hierauf ging man zur Berathung rücksichtlich der Diäten und Reisekosten über. Dem Vorsitzenden bewilligte man mit Rücksicht darauf, daß er seinen Wohnsitz in Breslau nehmen muß, pro Tag 3 Thlr., jedem Ausschuß-Mitgliede und Deputirten dagegen 1 Thlr. An Reisekosten wurden für Alle $7\frac{1}{2}$ Sgr. pro Meile festgesetzt. Man schritt nun zur Wahl des Ausschusses, und nahm, nachdem ein Mitglied des früheren Ausschusses seinen nothwendigen Rücktritt erklärt hatte, einstimmig den Vorschlag an, die andern Mitglieder in ihrem Amte zu lassen.

Der Ausschuß besteht demnach aus

1) einem Vorsitzenden, dem Bauergutsbesitzer Schlincke aus Groß-Weigelsdorf, Kr. Oels,
2) dessen Stellvertreter, dem Literaten Petery aus Schweidnitz.
3) 3 Beigeordneten, als:
   dem Bauergutsbesitzer Beck aus Ernsdorf, Kr. Reichenbach,
   dem Literaten Wüstrich aus Liegnitz und
   dem Erbscholtiseibesitzer Polst aus Polsnitz, Kr. Neumarkt.

Die dem Ausschusse überlassene Wahl des Sekretairs fiel auf den Literaten König in Breslau.

Nach der von der Kommission bestimmten Reihenfolge der Anträge brachte man zunächst Folgende zur Berathung:

Eine hohe Nationalversammlung wolle sofort berathen und beschließen

1) daß sämmtliche von den Rustikalbesitzern an die Domainen, Rentämter, Kämmereien, rittermäßige Erbscholtiseien, Freigärtner und geistliche Güter, bisher geleisteten Abgaben jeder Art so lange nicht eingezogen werden dürfen, bis das in Aussicht stehende Gesetz über die Entlastung des bäuerlichen Grundeigenthums publicirt sein wird;
2) daß die Gerichte angewiesen werden, alle in dieser Angelegenheit schwebenden Prozesse und Subhastationen bis zum Tage der Publikation jenes Gesetzes auszusetzen und keine Kosten einzuziehen.
3) daß alle vor der General-Kommission schwebenden Ablösungs-Verhandlungen sofort sistirt und die Einziehung der Kosten verschoben werde.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen, und es stellte in Bezug auf denselben ein Mitglied der Versammlung noch folgenden Zusatz-Antrag, zu erklären:

daß, wenn die Nationalversammlung sich weigern sollte, diesen Antrag zum Beschluß zu erheben, oder das Ministerium zögern sollte, diesen Beschluß der Nationalversammlung auszuführen, der gesammte Rustikalstand Schlesiens sofort keine Staats-Abgaben mehr zahlen würde. Auch dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Es folgte jetzt eine lang dauernde gründliche Besprechung über die Rechtsbeständigkeit der Feudallasten und der anderen vom Rustikalstande zu leistenden Abgaben, und man kam zur Ueberzeugung, daß immer, selbst vom juristischen Standpunkte betrachtet, im vollen Rechte sei, zu verlangen,

daß alle Lasten, namentlich Robothe, Ehrungen, Naturalzinsen, Laudemien und andere Besitzveränderungs-Abgaben, ferner Grund- und Gewerbezinsen, Schlacht- und Schenkzinsen und Abgaben an die Geistlichkeit unentgeltlich fallen müssen.

In Betreff der Mühlenzinsen war man der Ansicht, daß dieselben nur dann unentgeltlich aufgehoben werden sollen, wenn die Berechtigten gegen die Müller keine Gegenleistungen haben, andernfalls müßten die Verhältnisse durch eine kommissarische Ermittelung geregelt werden. Eine solche Ermittelung sei auch bei den Erbpachtszinsen einzuleiten.

Hieran schloß sich die Frage, in welchem Rechtsverhältnisse diejenigen Lasten stehen würden, welche durch die bereits vollzogenen Recesse der General-Kommission ganz an die Stelle der obigen Abgaben getreten sind. Ein Antrag, diese schon erfolgten Regulirungen einer kommissarischen Prüfung zu unterwerfen, wurde nicht angenommen, vielmehr von dem Prinzipe der gleichen Berechtigung ausgehend, beschlossen, daß auch alle diese Lasten unentgeldlich aufgehoben seien.

Bei dieser Gelegenheit stellte man den Antrag, der Nationalversammlung schleunigst ein Amnestie-Gesuch für diejenigen Landbewohner einzureichen, welche sich in Folge der Märzereignisse im ungemessenen Jubel über die lang entbehrte und endlich errungene Freiheit Vergehungen schuldig gemacht, und kriminaliter bestraft worden sind, oder noch in Untersuchung stehen, alle Kosten in dieser Angelegenheit seien niederzuschlagen. Der Antrag fand die regste Theilnahme, und es wurde der Ausschuß mit der Abfassung dieses Amnestie-Gesuches beauftragt.

Hierauf zu dem Verhältniß des Rustikalstandes zur Nationalversammlung übergehend, wurde zuvörderst auf deren Pflicht hingewiesen, auch unser Interesse wahrzunehmen; — um ihr nun den Vorwand zu nehmen, als könne sie auf die Berücksichtigung der Sonder-Interessen Einzelner nicht eingehen, beschloß man, sämmtliche Anträge zum Gemeinegute des gesammten Rustikalstandes zu machen, und dahin zu wirken, daß jeder Einzelne sich daran betheiligt. In der Bildung des Haupt-Vereines liegt ja eben das Mittel zur Erreichung dieses Zweckes. Ebenso dahin förderlich fand man den zum Beschluß erhobenen Antrag, daß die Nationalversammlung sich wöchentlich 4 Tage mit der Verfassung, und 2 Tage mit den Petitionen, namentlich auch mit solchen, welche die gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse betreffen, beschäftigen solle. Um endlich einmal diejenige Eintracht und Entschiedenheit in der Nationalversammlung herbeizuführen, welche allein im Stande sein wird, das Volkswohl zu begründen, beschloß man dahin zu wirken, daß sämmtliche Urwähler und Wahlmänner denjenigen Deputirten, welche auf der Rechten und im Centrum sitzen, da diese bisher sich stets entweder als volksfeindlich oder schwankend bewiesen haben, erklären sollen, daß sie das Vertrauen des Volkes nicht gerechtfertigt haben, demnach nicht ferner als seine Vertreter anerkannt werden können.

Bevor man auf die nächste Frage überging, wurde ein so eben eingegangenes Schreiben des Berliner Deputirten für den Kreis Neumarkt vorgelesen, es enthielt die Versicherung, stets für das Volk gewirkt zu haben, und noch ferner zu wirken, und wurde mit allgemeinem Beifall begrüßt.

In Betreff der Jagd wurde beschlossen, an die Nationalversammlung den Antrag zu richten, daß die Jagdgerechtigkeit der einzelnen Privilegirten ebenfalls unentgeltlich aufzuheben sei, daß die Bildung von Jagdrevieren à 300 Morgen dem Zwecke, nämlich der Verhinderung des Wildschadens und der durch die Jäger verursachten Beschädigung der Felder widersprechen, jeder also das Recht erlangen müsse, auf seinem Grund und Boden, möge derselbe so groß sein, wie er wolle, selbstständig zu jagen. Um die jetzt drohende gänzliche Ausrottung des Wildes durch die bisher Berechtigten zu verhindern, erklärte die Mehrzahl der Vereinsmitglieder sich dafür, es sei von der Nationalversammlung ein provisorisches Gesetz zu fordern, daß bis zum Erlaß eines Jagdgesetzes kein Wild mehr geschossen werden dürfe.

Hiernach wurde anerkannt, daß die ministe-

rielle Vorlage über theilweise Regulirung der Grundsteuer nicht auf dem Principe der Gerechtigkeit begründet sei. Daher beschloß man, eine Revision der sämmtlichen Grundsteuern und demnächstige gleichmäßige Vertheilung derselben zu beantragen.

Was die Verbesserung der Lage der ländlichen Tagearbeiter und Einlieger anbelangt, so wurde sehr lange darüber berathen, zuletzt aber der Gegenstand als so wichtig erklärt, daß er zuvörderst zu einer gründlichen Besprechung den einzelnen Vereinen überwiesen werden solle.

Man berührte zugleich bei dieser Frage die beabsichtigte Dismembration der Domainen. In Erwägung, daß die Ausführbarkeit derselben wegen des dem Tagearbeiter und Einlieger (für welche doch vorzugsweise gesorgt werden soll) fehlenden Anlage- und Betriebs-Kapitals sehr erschwert werden dürfte, und daß der Kredit des Staates hauptsächlich an sein Grundeigenthum geknüpft ist, wurde beschlossen, den Antrag dahin zu stellen, daß eine Dismembration der Domainen nicht stattfinden möge, dies vielmehr den in der Nähe der Domainen vorhandenen Einliegern und Tagearbeitern pro Mann 2 bis 3 Morgen gegen einen billigen Zins verpachtet, der Ueberrest des Areals aber in eigene Administration des Staats genommen werde.

Da noch eine bedeutende Anzahl von Anträgen vorlag, und die meisten der Deputirten erklärten, es dürfte bei den jetzigen überaus wichtigen Zeitverhältnissen ihre Anwesenheit in ihren Kreisen unerläßlich werden, so wurde die Sitzung geschlossen, und die Berathung der noch vorliegenden Anträge den Kreisvereinen überwiesen, von wo aus sie dem Ausschusse wieder zugehen sollen.

Die noch vorliegenden Anträge waren folgende:

1) Berathung über die neue Gemeinde-Ordnung.
2) Revision der bereits vollzogenen Rezesse über Hütungs- und Gräserei-Entschädigungen.
3) Jede Gemeinde möge sofort eine Zusammenstellung ihrer sämmtlichen Lasten und Abgaben anfertigen und durch die Kreisvereine dem Ausschuß übersenden.
4) Antrag auf Einführung der Einkommensteuer.
5) Desgl. auf Besteuerung der Renten.
6) Protest gegen die Zwangs-Anleihe.
7) Die Einschätzung der Klassensteuer in den niedern Stufen sofort nach einem anderen nach Morgenzahl zu bestimmenden Maaßstabe eintreten zu lassen.
8) Antrag, daß auf dem Lande Bezirks-Kranken-Anstalten errichtet und mehr Aerzte mit Besoldung vom Staat und der Befugniß zum Selbst-Dispensiren angestellt werden sollen.
9) Desgl. den Rustikalbesitzern in Betreff des Bergrechtes dieselben Ansprüche zuzuerkennen, wie sie dem Dominialbesitzer bisher zustanden.
10) Die Schule als Staats-Anstalt zu erklären.
11) Auf Aufhebung des Adels und Gleichstellung Aller vor dem Gesetz.
12) Antrag, die Landbewohner auf die Stellung des Soldaten zum Volke aufmerksam zu machen.
13) Desgl. in jeder Gemeinde Vertrauens-Männer zu wählen.
14) Desgl. auf Errichtung von Rustikal-Kredit-Anstalten.
15) Desgl. auf angemessene Vertheilung der Hand-Arbeiten bei den Kreis-Wege-Bauten zwischen den größeren und kleineren Grundbesitzern.
16) Aufhebung der Licitations-Termine des Stamm- und Klafterholz-Verkaufes in den Staats-Forsten und Verkauf nach der Taxe in kleineren Parthieen.
17) Antrag auf Gründung von Arbeitshäusern in den Kreisstädten auf Kosten des Staates.
18) Desgl. auf Begründung von Verbrecher-Colonien.
19) Desgl. auf Wegfall des Schärfkornes.
20) Desgl. auf sofortige Aufhebung der Patrimonial-Gerichte.
21) Desgl. auf Revision der Statuten der Provinzial-Land-Feuer-Societät.
22) Desgl. auf Errichtung einer Provinzial-Hagel-Societät.
23) Beantwortung der Frage, zu welchem Zwecke werden die Einnahmen, welche aus der Vermiethung des Ständehauses erwachsen, verwendet? Das Ständehaus ist durch Beihülfe auch von den Rustikalbesitzern erbaut und Gemeingut der Provinz.
24) Antrag auf Protest gegen den Waffenstillstand mit Dänemark.

Schluß der Sitzung Abends 10 Uhr.

L. Schlinke, Vorsitzender.
König, Sekretair.

Oels (Evangelische Kirche).

Am 16. Sonntage nach Trinitatis predigen:

In der Schloß- und Pfarrkirche:
Früh-Predigt: Herr Archidiak. Schunke.
Amts-Predigt: Herr Sup. u. Hofp. Seeliger.
Nachm.-Pred.: Herr Propst Thielmann.

In der Propstkirche:
Mittags 12 Uhr: Herr Propst Thielmann.

Wochen-Predigt:
Donnerstag, den 12. Oktober, Vormittags 8½ Uhr, Herr Propst Thielmann.

Für die Abgebrannten in Liebau sind bei mir eingegangen, von Fr. St. R. L. ein Paket Kleidungsstücke; Fr. K.-R. Kl. ein dergleichen; von Fr. F.-G.-R. K. ein dergleichen; Stadt-Aelteste Herr John 2 Rthlr.; F. K. 1 Rthlr. — Zur Annahme milder Gaben ist bereit und bittet darum

Kleinwächter.